

Brigitte / Young Miss
7/2002



Nach jahrelangen politischen Diskussionen hat Deutschland endlich ein Zuwanderungsgesetz. Ab 2003 regelt es den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte. Warum das Gesetz so wichtig ist, wie die großen Parteien dazu stehen. Und wie Başak, Evi und Oleg ihre Wahlheimat Deutschland erleben

> Fotos: Isadora Tast

Kommt rein, Leute!

Deutschland im Jahr 2050: Viele Wohngebiete sind gähnend leer. Anstelle von 82 Millionen Menschen leben nur noch 50 Millionen in der Bundesrepublik. Die meisten von ihnen sind Senioren, die bis zu ihrem 75. Lebensjahr arbeiten müssen. Schulen und Spielplätze verweisen, weil kaum noch Kinder geboren werden. Die Abgaben der wenigen, die noch arbeiten, werden immer höher, schließlich muss jeder Beschäftigte inzwischen einen Rentner finanzieren. Ein trauriges Szenario, oder? Aber so sähe Deutschland ohne Einwanderer aus.

„Unsere Bevölkerung schrumpft und altert. Wir brauchen eine geregelte Zuwanderung und tief greifende innere Reformen, um die sozialen Folgen dieser Veränderung abzupuffern“, sagt der

Migrationsexperte Klaus Bade. „Seit den 50er Jahren kamen mehr als 30 Millionen Gastarbeiter zu uns, aber der größte Teil von ihnen ist in die Heimat zurückgekehrt.“ Heute beträgt der Ausländeranteil rund neun Prozent. Doch jeder zehnte Bundesbürger glaubt, es seien dreimal so viel! Eine krasse Fehleinschätzung, die in Fremdenangst und Ausländerfeindlichkeit mündet. Nicht ganz unschuldig daran sind unsere Politiker. Schließlich hat es fast 50 Jahre gedauert, bis sie die Einwanderung gesetzlich regelten. Lange drifteten die Meinungen der einzelnen Parteien auseinander: Während die einen davor warnten, dass ein solches Gesetz Deutschland vom Rest der Welt abschotte, befürchteten andere den unkontrollierbaren Zuzug von Ausländern. Nun haben sie sich doch noch geeinigt: Am

Alle in meiner Familie haben eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, nur ich nicht. Mein Bruder bekam seine mit 16 Jahren. Obwohl ich sie ein Jahr vor ihm beantragte, erhielt ich nur die Genehmigung, fünf Jahre in Deutschland zu bleiben. Das habe ich nie verstanden. Bei der Ausländerbehörde hieß es, mein Bruder hätte einfach Glück gehabt. Was ist denn das für eine Begründung? Zumal meine Großeltern schon seit mehr als 30 Jahren in Deutschland leben. Ich wuchs bis zu meinem zwölften Lebensjahr in Griechenland auf. Dann wanderten meine Eltern nach Hamburg aus. Sie wollten mir und meinem Bruder eine gute Ausbildung ermöglichen. Nach dem Abi hatte ich Sehnsucht nach meiner Heimat und fing an, in Athen BWL zu studieren. Aber aus finanziellen Gründen kehrte ich zwei Jahre später zurück und schrieb mich an der Hamburger Uni ein. Als ich meine Aufenthaltserlaubnis verlängern wollte, gab's plötzlich Probleme. Es hieß, ich müsse ein Einkommen vorweisen, um studieren zu dürfen. Das ist doch merkwürdig – Studenten sollen schließlich nicht arbeiten, sondern lernen. Zum Glück hatte ich einen Job. Mit dem Arbeitsvertrag, den ich vorlegte, wurde meine Aufenthaltserlaubnis um zwei Jahre verlängert. Wenn ich genug Geld hätte, würde ich Deutschland verlassen. Griechenland gefällt mir besser. Mein Bruder dagegen fühlt sich hier heimisch und will bleiben.



**EVI (23), BWL-STUDENTIN
AUS GRIECHENLAND
„In meiner Familie
bin ich die Ausländerin“**

22. März verabschiedete der Bundesrat das Zuwanderungsgesetz. Dieses ist eine Überarbeitung des Ausländer- und Asylrechts. Es regelt die Zuwanderung von Arbeitskräften und erweitert die Rechte von EU-Bürgern. Hochqualifizierte sollen bevorzugt einwandern. Damit sind Wissenschaftler mit besonderen Fachkenntnissen, Spezialisten sowie leitende Angestellte gemeint. Andere Ausländer dürfen hier arbeiten, sofern sich kein Einheimischer für die Stelle findet. Und wer nach seiner Ausbildung in Deutschland auf unserem Arbeitsmarkt gebraucht wird, darf auch bleiben.

Laut UNO-Bericht braucht die Bundesrepublik bis zum Jahr 2050 circa 23 Millionen Zuwanderer, damit es genügend arbeitsfähige Menschen gibt. „Eine illusorische Zahl. So viele kann man nicht in einer so kurzen Zeit integrieren“, glaubt Professor Bade. „Immerhin haben wir es bisher nicht geschafft, den Gastarbeitern die Integrationshilfen zu geben, die sie gebraucht hätten. Heute stellen wir z.B. fest, dass die dritte Generation oft schlechter Deutsch spricht als die zweite. Das ist nicht ihr Fehler, sondern unser Versagen.“ Die Politiker haben ihre Versäumnisse zumindest eingesehen: Nach dem neuen Gesetz haben Zuwanderer Anspruch auf Sprach- und Orientierungskurse. Darin werden deutsche Geschichte, Kultur und Werte vermittelt. Wer erfolgreich daran teilnimmt, kann schon nach sieben statt nach acht Jahren deutscher Staatsbürger werden.

Die Zuwanderungskommission schlug vor, dass jährlich etwa 50 000 Ausländer einwandern dürfen. Darunter 20 000 Spitzenkräfte mit Niederlassungsrecht, 20 000 weniger Qualifizierte, die nur eine fünfjährige Aufenthaltsgenehmigung erhalten sowie 10 000 Jugendliche, die für ihre Ausbildung kommen. Sie alle sollten ein Auswahlverfahren durchlaufen, in dem nach Alter, Sprachkenntnissen, Qualifikation und Herkunftsland ausgesiebt wird. Davon ist jetzt im Gesetzestext wegen der hohen Arbeitslosigkeit keine Rede mehr. Ob es die Jobelite allerdings nach Deutschland zieht, ist fraglich. Die Bundesregierung meint zwar, den Topleuten aus Entwicklungsländern eine große Chance zu bieten – dennoch bevorzugen viele von ihnen die USA oder Kanada, wo sie bessere Karrierebedingungen vorfinden. Eine Menge Deutsche tun es ihnen übrigens gleich. Das Bundesforschungsministerium schätzt, dass jeder fünfte deutsche Jungakademiker seine Heimat verlässt – und damit auch irgendwo auf der Welt ein Zuwanderer ist.

Wie andere Länder die Zuwanderung handhaben und wie die Parteien dazu stehen, nächste Seite ▶